Abschiebungen serbischer Staatsangehöriger massiv gestiegen

Abschiebungen serbischer Staatsangehöriger massiv gestiegen

"Insgesamt 7.651 Abschiebungen aus Deutschland gab es im vergangenen Jahr, dies ist ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr (7.917). Massiv gestiegen ist jedoch die Zahl der abgeschobenen serbischen Staatsangehörigen, unter ihnen viele Roma, von 1.000 im Jahr 2011 auf 1.500 im vergangenen Jahr. Dies ist ein Ergebnis der auf Abschreckung und Schnellverfahren setzenden Politik des Innenministers gegenüber Flüchtlingen aus dem West-Balkan", fasst Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zentrale Ergebnisse der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 17/12148) zu Abschiebungen im Jahr 2012 zusammen. Jelpke weiter:
"Kosovo (564) und Mazedonien (510) sind weitere Hauptherkunftsländer der abgeschobenen Personen. Es dürfte sich überwiegend um Roma handeln, deren Asylgesuch abgelehnt wurde. Sie werden in ihren Herkunftsländern massiv diskriminiert und ausgegrenzt. Statt ihnen zu helfen, werden sie mit Gewalt in ihre Notlage zurückgebracht. Mit dieser Politik der Abschreckung und Abschiebung stiehlt sich Deutschland aus seiner humanitären und historischen Verantwortung.
Rasant zugenommen hat die Zahl derjenigen Flüchtlinge, die in Sammelabschiebungen mehrerer EU-Länder bzw. von Frontex abgeschoben worden sind: Sie hat sich im Jahr 2012 auf 1289 fast verdoppelt.
Zunehmend werden Flugunternehmen in die deutsche Abschottungspolitik eingespannt. 1.477 Mal wurden im Jahr 2012 Zwangsgelder gegen Beförderungsunternehmen in Höhe von insgesamt 2,35 Millionen Euro verhängt, weil sie Personen ohne gültigen Pass oder Aufenthaltstitel nach Deutschland gebracht hatten. Dies ist eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (1.048 Zwangsgelder in Höhe von knapp zwei Millionen Euro). Diese Privatisierung der Flüchtlingsabwehr ist menschenrechtlich höchst bedenklich, weil Flugunternehmen durch diese Sanktionen dazu angehalten werden, die Zuflucht von Menschen ohne Einreiseerlaubnis zu verhindern, ohne prüfen zu können, ob es sich um schutzbedürftige Personen handelt und welche Auswirkungen ihre Einreiseverhinderung haben wird."

Pressesprecher
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon +4930/227-52800
Telefax +4930/227-56801
pressesprecher@linksfraktion.de
 www.linksfraktion.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=523662" width="1" height="1">

Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen ?DIE LINKE..